



Presseinformation – 62/01/2021

26.01.2021
Seite 1 von 3

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland – Landesregierung bekräftigt Engagement im Kampf gegen Antisemitismus

Pressestelle Staatskanzlei
40213 Düsseldorf
presse@stk.nrw.de

Telefon 0211 837-1134
0211 837-1405
0211 837-1151

**Ministerpräsident Armin Laschet: Möge dieses Jubiläum unsere
Gesellschaft stark machen für ein friedliches Zusammenleben
und gegen jede Form von Antisemitismus**

Bürgertelefon 0211 837-1001
nrwdirekt@nrw.de
www.land.nrw

Die Landesregierung teilt mit:

Vor dem Hintergrund des 1700-jährigen Bestehens der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und des 76. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar hat das Landeskabinett am Dienstag, 26. Januar 2021, eine Erklärung zum jüdischen Leben in Nordrhein-Westfalen verabschiedet und damit ein deutliches Zeichen zur Bekämpfung des Antisemitismus gesetzt.

Ministerpräsident Armin Laschet: „Der 27. Januar erinnert uns jedes Jahr an die unfassbaren Verbrechen der Shoa und an die Befreiung des Konzentrationslagers in Auschwitz. Er mahnt uns jedes Jahr, wozu blinder Hass, Verachtung und Wegsehen führen können. Diese Mahnung darf niemals verhallen, wir müssen sie – so schmerzhaft und grausam sie ist – in uns tragen und sie unserem politischen und gesellschaftlichen Leben zugrunde legen. ‚Nie wieder‘ muss unser aller Handeln und Entscheiden prägen.“

„Jüdisches Leben gehört zu Deutschland – seit 1700 Jahren“, so der Ministerpräsident weiter. „Dieses besondere Jubiläumsjahr bietet die Chance, die tiefe Verwurzelung des Judentums in der Geschichte unseres Landes stärker bekanntzumachen und noch immer bestehende Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden abzubauen. Wir erleben im Zuge der Corona-Pandemie ein erneutes Aufleben von wirren und verachtenden, auch antisemitischen Verschwörungsmaythen, denen von Beginn an die

Stirn geboten werden muss. Möge dieses Jubiläum unsere Gesellschaft stark machen für ein friedliches Zusammenleben und gegen jede Form von Antisemitismus.“

Mit der Erklärung zum jüdischen Leben in Nordrhein-Westfalen bekräftigt die Landesregierung ihr stetiges Engagement gegen Antisemitismus. Bereits 2018 wurde das Amt der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen eingerichtet.

Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und gefährdet die Grundwerte unseres Zusammenlebens. Dass die Landesregierung mit ihrem heutigen Kabinettsbeschluss ihr Engagement in der Bekämpfung des Antisemitismus bekräftigt und weitere Präventionsschritte einleiten wird, ist eine gute Unterstützung auch meiner Arbeit und zeigt die große Bedeutung dieses Themas für die Arbeit der Landesregierung. Besonders hervorheben möchte ich die Meldestelle Antisemitismus, die dieses Jahr eingerichtet wird. Gerade im Festjahr 2021, in dem 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland gefeiert wird, ist es wichtiger denn je, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen und alles dafür Nötige unternehmen, damit Jüdinnen und Juden endlich frei und ohne Angst hier leben können.“

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Ein Dekret des römischen Kaisers Konstantin, datiert auf den 11. Dezember 321, gilt als ältester Nachweis für die Existenz einer Jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Dieses legte fest, dass Juden städtische Ämter in der Kurie, der Stadtverwaltung Kölns, bekleiden dürfen und sollen. Die jüdische Gemeinde in Köln gilt damit als die älteste nördlich der Alpen. Nordrhein-Westfalen ist mit rund 27.000 Menschen jüdischen Glaubens Heimat der größten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland.

Das 1700. Jubiläum dieses historischen Datums verdeutlicht die lange gemeinsame Geschichte jüdischer und nicht-jüdischer Bevölkerung in Deutschland. 2021 wird das Jubiläum mit zahlreichen Veranstaltungen gefeiert. Zur Förderung und Koordinierung der Veranstaltungen dieses Festjahres hat sich der Verein „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.“ gegründet, den das Land Nordrhein-Westfalen fördert.

Die Erklärung der Landesregierung zum jüdischen Leben in Nordrhein-Westfalen und zur Bekämpfung des Antisemitismus finden Sie [hier](#) im Wortlaut.

Bei Bürgeranfragen wenden Sie sich bitte an: Telefon 0211 837-01.

Dieser Presstext ist auch verfügbar unter www.land.nrw

[Allgemeiner Hinweis zum Datenschutz](#)